sagen mußten, es würden nach teilweiser oder völliger Durchführung der Hamburger Pläne nicht viele von ihnen auf ihrem Posten bleiben. Eine der Denkschriften aber ging von der Voraussetzung aus, daß die Reform der Diplomatie nicht von außen her erfolgen solle, sondern Sache des Auswärtigen Amtes selbst sei. Dieses Memorandum ist dann dem Kaiser vorgelegt worden, und so viel man weiß, hat es bei ihm lebhaftes Interesse erweckt. Darin dürfte auch der Beweggrund zu suchen sein, daß Herr v. Kühlmann sich nunmehr entschlossen hat, in Hamburg die Angelegenheit wenigstens vorläufig ins reine zu bringen.

Nach den im Auswärtigen Amt geltenden alten Ueberlieferungen ist auch heute noch jeder Botschafter und Gesandter ausschließlich ein Vertreter des Kaisers am fremden Hofe, somit sind seine Hauptaufgaben eigentlich repräsentativer Art. Selbstverständlich hat sich schon seit Jahrzehnten das Tätigkeitsgebiet jedes Diplomaten über diese höfische Aufgabe hinaus beträchtlich erweitert, allein insbesondere die Auslese in der Diplomatie erfolgt noch immer in erster Linie nach den früheren Gesichtspunkten: Geburt, Name, Repräsentationsfähigkeit, gute Erziehung und Manieren sind auch heute noch, wenn nicht allein, so doch immerhin mit ausschlaggebend und spielen bei den jeweiligen Ernennungen eine bedeutsame Rolle. Auch haben die deutschen Botschafter und Gesandten bisher das Wichtigste, was sie eigentlich zu vertreten gehabt hätten, mehr oder minder vernachlässigt und sie haben sich der wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches nur selten und auch dann meistens nicht mit dem notwendigen Nachdruck angenommen. Nach den hanseatischen Reformideen soll der deutsche Diplomat künftighin vor allem so vorgebildet sein, daß er in der Lage ist, das deutsche Wirtschaftsinteresse zu wahren und zu verfechten. Hierzu gehören selbstverständlich manche Vorkenntnisse, ja ein ganz bestimmter, festgelegter Bildungsgang, und um diese Gedanken durchzuführen, müßte nun allerdings die diplomatische Ausbildung und der Dienst selbst eine sehr gründliche Umgestaltung erfahren. Auch mit der Auslese der Diplomatie will man brechen. Man ist der Ansicht, daß nach dem bisherigen System keineswegs fortgewirtschaftet werden dürfe, nach einem System, demzufolge der junge Diplomat vor allem auch finanziell von Hause aus unabhängig sein mußte, ein im Rahmen der bisherigen Gepflogenheiten ganz selbstverständlich erscheinendes Erfordernis, denn die Gehälter und Zulagen für einen Attachee oder Botschaftssekretär waren tatsächlich so geringfügig, daß kein Diplomat mit ihnen seine Auslagen decken oder gar standesgemäß auftreten konnte. — Freilich wird es nicht eben leicht sein, den Staatssekretär Herrn v. Kühlmann, der, mag er auch an und für sich in gewissem Sinne ein modern denkender Mensch sein, doch noch vielfach in alten Traditionen befangen ist, von der Unabweislichkeit all der Neuerungen zu überzeugen. Im Auswärtigen Amte selbst macht sich ein zäher Widerstand geltend, fürchten doch so manche der dort sitzenden Herren, daß durch eine Reform der Diplomatie für sie die letzte Stunde geschlagen habe. Durch derartige Rücksichten aber wird man sich kaum behindern lassen können, denn es stehen zu hohe Interessen auf dem Spiele, als daß man sich nach so engen Gesichtspunkten richten könnte. Die Bewegung, die von den Hansestädten ausgegangen ist, hat immer stärkeren Widerhall gefunden und heute ist wohl die Mehrheit des Reichstages der gleichen Anschauung, daß die Reformen des Auswärtigen Dienstes zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben gehören, denen umfassende Sorgfalt zu widmen ist.

Dazu wird aus Hamburg von gestern gemeldet: In Anwesenheit des Staatssekretärs von Kühlmann fand im Rathaus die Besprechung über die Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes statt, an der außer den zuständigen Referenten des Auswärtigen Amtes Vertreter der Senate von Hamburg, Lübeck und Bremen, sowie der Handelskreise der drei Hansastädte teilnahmen. Die Denkschriften der Handelskammern und des Ausschusses für die Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes wurden eingehend erörtert, wobei sich ergab, daß in vielen Punkten Uebereinstimmung bestand.

Italienische Gewaltakte gegen Deutsche.

Deutsche Gegenmaßnahmen.

Im Reichstage wurden gestern italienische Gewaltakte gegen Deutsche erörtert. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Südekum (Soz.) antwortete Ministerialdirektor Kriege, dem Auswärtigen Amte liege ein Urteil des Militärkriegsgerichts zu Genua vom 29. Mai 1918 vor, wonach u. a. drei deutsche Angestellte der von der A. E. G. in Berlin gegründeten Genueser Elektrizitätswerke im Abwesenheitsverfahren wegen Verrats zum Tode und eine ehemalige Deutsche wegen Beihilfe zum Verbrechen des Einvernehmens mit dem Feinde zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Das umfängliche Urteil liefere nicht den Schatten eines Beweises für die schweren, den verurteilten zur Last gelegten Straftaten. Das Urteil muß aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen als unhaltbar bezeichnet werden. Es handelt sich um einen böswilligen Tendenzprozeß. Bei dieser Sachlage hat die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Regierung den schärfsten Einspruch bei der italienischen Regierung erhoben und damit die Forderung auf Revision des Urteils verbunden. Die italienische Regierung hat das mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Erörterung eines gerichtlichen Urteils nicht zugelassen werden könne. Es scheint indessen, daß bei ihr selbst Bedenken gegen die Rechtsfähigkeit des Urteils aufgetaucht sind. Wenigstens soll der Kassationshof in Rom das Urteil aufgehoben und die Angelegenheit zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung dem Kriegsgerichte in Alessandria überwiesen haben. Leider konnte nicht festgestellt werden, ob sich die Aufhebung des Urteils auch auf die drei Deutschen bezieht. Für alle Fälle wird der italienischen Regierung eine Denkschrift, worin die einzelnen Beschuldigungen gegen die Deutschen widerlegt werden, nebst eidlichem Beweismaterial zur Verwendung vor den italienischen Behörden übermittelt. Auch wegen des Vorgehens gegen die deutschen Forschungsanstalten hat die deutsche Regierung unverzüglich nachdrücklichen Einspruch erhoben und zugleich versucht, der italienischen Regierung durch Vermittlung einer neutralen Regierung und auf anderem Wege das Gehässige derartiger Maßnahmen zum Bewußtsein zu bringen. (Sehr richtig!) Die italienische Regierung wird sich keinem Zweifel darüber hingeben dürfen, daß die deutsche Regierung, falls auf ihre Einsprüche keine Rücksicht genommen werden sollte, nicht zögern würde, die gegen die verurteilten Deutschen und die gegen die deutschen Forschungsinstitute begangenen, dem Recht und der Kultur hohsprechenden Vergewaltigungen mit den schärfsten Gegenmaßnahmen zu beantworten. (Sehr gut!) Wir besitzen nicht nur die von den verbündeten Mächten besetzten weiten Flächen italienischen Bodens, sondern es liegt auch in der Macht Deutschlands den Abschluß einer von der italienischen Regierung gewünschten und im Wortlaut bereits feststehenden Vereinbarung über den Austausch von Kriegsgefangenen, ähnlich wie solche mit Frankreich getroffen sind und mit England erörtert werden, bis zur Erfüllung unserer Wünsche abzulehnen. Dies erscheint um so eher angängig, als die Vereinbarung fast ausschließlich im Interesse Italiens liegt und von Deutschland im wesentlichen aus Gründen der Menschlichkeit abgeschlossen werden würde. Die deutsche Regierung möchte aber vorläufig noch der Erwartung Ausdruck geben, daß die italienische Regierung vor den durch den Krieg entfachten Leidenschaften ihres Volkes nicht schwächlich zurückweichen, sondern den deutschen wohlbegründeten Forderungen stattgeben wird, und deshalb die in Aussicht genommenen Gegenmaßregeln noch vermieden werden können. (Beifall.)

Die Offensive gegen Italien.

Ein Handstreich auf Ancona.

Ueber einen Handstreich, den Anfang April eine Abteilung Oesterreicher auf den italienischen Kriegshafen Ancona unternahm, bringt das „Kärntner Tagblatt" bemerkenswerte Einzelheiten. Danach bestand die Patrouille, die ihn unternahm, aus 64 Teilnehmern, nämlich dem Schiffsleutnant Grafen Deitl, vier Seekadetten und 59 Mann, meist Unteroffizieren. Alle hatten sich freiwillig gemeldet. Sie trugen die Uniform der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine, darüber ihre Mäntel, wodurch sie von italienischen Seesoldaten kaum zu unterscheiden waren. In der Nacht zum 5. April gelangten sie in einer Fischerbarke an die italienische Küste, versenkten ihr Schiff und marschierten längs der Bahn gegen Ancona. In einem Bauerngehöft am Wege nächtigten sie. Am nächsten Tage marschierten sie in Ancona ein. Beim Marsche durch die Stadt sprang ein Verräter aus ihren Reihen und rief einer ihnen begegnenden italienischen Patrouille zu: „Das sind Feinde, Oesterreicher!" Die Italiener hielten ihn für wahnsinnig und glaubten ihm nicht sogleich. Infolgedessen gelangten sie dennoch, wenn auch beobachtet, zum Hafen und konnten dort noch erhebliche Sprengungen vornehmen. Erst dann wurden sie umzingelt und ließen sich befehlsgemäß kampflos gefangen nehmen. Einer entkam nach der Schweiz. Der Verräter wurde erschlagen; ein Dritter kam auf noch nicht bekannte Weise ums Leben. Alle anderen sind gefangen.

Die deutsche U-Bootsgefahr.

Das englische Volk am Narrenseil.

Als ein Stück politischer Heuchelei bezeichnet die Schiffbauwochenausgabe des Liverpooler „Journal of Commerce" am 30. Mai die letzte Rede von Lloyd George in Edinburgh, die sich noch mehr als früher einer sehr zuversichtlichen Auffassung über die Beseitigung der U-Bootsgefahr hingab. Das Blatt meint, daß sich bisher wiederholt ministerielle Zusicherungen, die Unterseeboatsgefahr sei zu Ende, nicht erfüllt hätten. Das englische Volk sei viel zu lange am Narrenseil herumgeführt worden. Man dürfe sich nun nicht wundern, wenn die Werftarbeiter in ihren Anstrengungen im Schiffbau nachlassen würden, von dem das ganze Schicksal Englands abhänge. Selbst wenn das Unterseeboot heute wirklich besiegt sei, würde man sich einer Schiffahrtskrisis von erheblicher Größe gegenübersehen. In den letzthin veröffentlichten Ziffern über Schiffsverluste und Neubauten sei nichts enthalten, was die Hoffnungsseligkeit der Edinburgher Rede Lloyd Georges unterstütze. Das Zusammenwerfen amerikanischer und britischer Schiffbauleistungen könne ebensowenig wie die Abrundung von Ziffern die Tatsache verhüllen, daß nur das Genie des jetzigen Schiffbaukontrolleurs die Aufdeckung einer fürchterlichen Kluft zwischen Versprechung und Leistung im Schiffbau zu verhindern vermöge.

Kleine politische Meldungen.

Deutsche Hilfe für Oesterreich. Der Bürgermeister von Wien hatte sich in einem Telegramm u. a. auch an General Ludendorff gewandt und um Hilfe für die notleidende Wiener Bevölkerung gebeten. General Ludendorff antwortete: „Besten Dank für den Ausdruck Ihrer treuen Gesinnung. Von Herzen gern würde ich der Bevölkerung Wiens in ihren schweren wirtschaftlichen Nöten helfen, aber mehr, als von deutscher Seite getan wird, ist leider nicht mehr möglich. Alle Getreideeinfuhren aus Rumänien, Bessarabien und der Ukraine werden restlos Oesterreich überlassen und auch die für die Westfront bestimmten Sendungen habe ich im April, Mai und Juni, trotz eigener schwerer Ernährungslage, zur Verfügung gestellt. Jetzt sind aber derartige Reserven nicht mehr vorhanden und ich bin außerstande, weitere Aushilfen zu leisten. Hoffentlich wird es meinen Bemühungen gelingen, die Ausfuhren aus Bessarabien und der Ukraine zu steigern, daß bald wieder größere Mengen Oesterreich zugehen können." Die Wiener „Arbeiterztg." schreibt, daß Deutschland auf die 300 Waggons Frühkartoffeln verzichtet, die aus Ungarn geliefert werden sollen, so daß Oesterreich 600 Waggons Frühkartoffeln aus Ungarn erhält.

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle hat im Ungarischen Abgeordnetenhause nach einer Rede des Grafen Tisza, der warm für das Bündnis mit Deutschland eingetreten war, erklärt: Wir wollen das Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reiche auf längere Zeit festlegen in einer Weise, daß es vom Gesichtspunkte der Verteidigung eine besondere Ergänzung und Befestigung erfährt und auch wirtschaftlich möglichst eng ausgestaltet wird. Natürlich sollen, wenn einmal die Friedensbedingungen festgestellt werden, auch diese in vollem Einvernehmen erfolgen. Ich habe bereits hervorgehoben, daß wir bei Erreichung aller dieser Ziele unser Selbstverfügungsrecht und unsere Souveränität nach jeder Richtung hin aufrechterhalten wollen." Demgegenüber erklärte der Abgeordnete Graf Michael Karolyi, er sei ein Gegner der Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland und werde sich nicht beirren lassen, weiter in diesem Sinne tätig zu sein. Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Graf Julius Andrassy, das Bündnis mit Deutschland sei absolut notwendig, und vom Gesichtspunkte Ungarns aus sei es unmöglich, gute ungarische nationale Politik zu machen, wenn sich Ungarn in Gegensatz stellt zu der einzigen Weltmacht, die Interesse daran hat, daß ein starkes ungarisches Reich bestehe. Betreffs der Polenfrage bedauerte er, daß die diesbezüglichen Verhandlungen sich in die Länge zögen. Nur die Vereinigung Polens mit Galizien sei auch eine Polen befriedigende Lösung. Die Schaffung eines einheitlichen südslawischen Staates könne Ungarn unter keinen Umständen gestatten.

Englische „Friedensbedingungen." Die „Köln. Ztg." meldet: Der vom englischen Handelsamt 1917 eingesetzte Ausschuß zur Prüfung aller Fragen der Schiffahrt und des Schiffsbaues nach dem Kriege hat seinen Bericht veröffentlicht. Wir entnehmen daraus zunächst die unglaubliche Forderung nach Auslieferung aller deutschen Schiffe bei Friedensschluß. „Wir halten einen Frieden für unmöglich", heißt es in dem Auszug, der nicht die Auslieferung der feindlichen Schiffe umfaßt als Strafe für die vom Feinde begangenen Schandtaten. Von den feindlichen Ländern muß als Friedensbedingung gefordert werden: 1. Auslieferung aller ihrer Kauffahrteischiffe. 2. Als verfallen zu erklären sind alle Schiffe, die bei Beginn der Feindseligkeiten aufgelegt sind in Häfen der Länder, die am Kriege teilgenommen oder die diplomatischen Beziehungen zu den Feinden abgebrochen haben. 3. Den Verbandsmächten sind alle Schiffe zurückzugeben, die seit Ausbruch der Feindseligkeiten in feindlichen Besitz gelangt sind.

Ein Friedensantrag im Unterhaus abgelehnt. Im englischen Unterhaus brachte der Sozialist Morell folgenden Zusatzantrag ein: Das Haus wünscht die Versicherung der Regierung, daß sie keine diplomatische Gelegenheit, die Kriegsfrage durch Verständigung zu lösen, ungenützt vorübergehen lassen wird. Das Haus spricht die Ansicht aus, daß die geheimen Verträge mit den Alliierten revidiert werden müßten, weil sie in ihrer gegenwärtigen Form mit den Zielen, für die England in den Krieg zog, unvereinbar sind und folglich ein Hindernis für einen demokratischen Frieden bilden. Morell erklärte dazu, das Volk sei über den Verlauf des Krieges beunruhigt und habe ein Recht, von der Regierung eine neue Erklärung ihrer Kriegsziele zu verlangen und auch zu hören, ob diese Ziele nach Ansicht der Regierung eine Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung haben, denn in allen kriegführenden Ländern werden die Bewegungen für einen ehrlichen Frieden stärker, damit der Krieg zu Ende komme. Der Zusatzantrag Morell wurde jedoch ohne Einzelabstimmung verworfen.

Der gestrige Abendbericht der Heeresleitung lautet: Von den Kampffronten nichts Neues.

Ein Landesverräter. Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichtes Leipzig verurteilte den 24jährigen Maschinenschlosser Max Messing aus Bochum wegen Verrates militärischer Geheimnisse und versuchten Landesverrates zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust unter Anrechnung von 1 Jahr der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte Gelegenheit, von der Mannschaft der „Möve", welche die berühmte Fahrt des Schiffes mitgemacht hatte, Verschiedenes, was im Interesse der Landesverteidigung unbedingt geheimzuhalten war, sowie Näheres über die zukünftige Bestimmung der „Möve" zu erfahren. Die so erworbenen Kenntnisse hat er nach seiner Entlassung vom Militärdienst in Holland an einen Agenten eines feindlichen Spionagebureaus verraten. Da Messing für geistig nicht ganz vollwertig erklärt wurde, sah das Gericht die Sache milde an.

Getreidelieferung nach Oesterreich-Ungarn. Lediglich aus militärischen Gründen sind 5000 Tonnen Brotgetreide von Deutschland nach Oesterreich geliefert worden, welches sich zur Rückgabe bis spätestens zum 15. Juli verpflichtet hat. Auf die Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung hat diese Getreidelieferung keinen Einfluß.

Ein entscheidender Ministerrat in Wien. Heute findet in Wien ein Ministerrat statt, der darüber entscheiden soll, ob der Reichsrat zu einer Tagung einberufen werden soll, oder ob das Kabinett seinen Rücktritt gibt. Dieser würde allerdings, wie man annimmt, nicht angenommen werden. Es dürfte vielmehr zu einer Umbildung des Kabinetts kommen.

Ein päpstliches Weißbuch. Wie italienische Blätter melden, steht die Veröffentlichung eines päpstlichen Weißbuches bevor, das über das Wirken des Heiligen Stuhles im Weltkriege an Hand von Dokumenten Aufschluß erteilen werde.

Der amerikanische Deutschenhaß schlägt bereits die sonderbarsten Purzelbäume. So drang in einer Rede in Indianapolis vor der demokratischen Staatskonvention der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Marshal auf die Abschaffung des Deutschen als Unterrichtsfach in den Staatsschulen. Der Union League Club, einer der angesehensten Klubs in New York, nahm in einer Sitzung eine Entschließung an, in der die Abschaffung des deutschen Sprachunterrichts in den öffentlichen Schulen und ein Erscheinungsverbot gegen deutschsprachige Zeitungen im Lande gefordert wird. Der deutsche Unterricht und die deutsch amerikanischen Zeitungen untergraben nach Ansicht der Klubmitglieder den Patriotismus der Amerikaner!

Von Stadt und Land.

Aue, 22. Juni.

Kriegsauszeichnung. Dem Soldat Hans Knopf, Sohn des Schneidermeisters Franz Knopf, wohnhaft Louis Fischerstr. 11, wurde das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen.

Von der Möbelausstellung für Kriegsgetraute. Die Möbelausstellung für Kriegsgetraute in den unteren Räumen des Kaffee Rath erfreut sich fortgesetzt regsten Besuches, so namentlich auch von auswärtigen Orten. Mit der Ausstellung ist bekanntlich auch eine Lotterie verbunden. Loose sind jetzt wieder im Kaufhause Weichhold zu haben.

k. **Theateraufführung des Flottenbundes Deutscher Frauen.** Die rührige Ortsgruppe des Flottenbundes Deutscher Frauen veranstaltete gestern Abend im „Bürgergarten" eine Theateraufführung. Man gab „Die Heimkehr", vaterländisches Heimatspiel in 3 Akten von Franz Kellert. Das Stück ist eine anspruchslose Arbeit patriotischen Inhalts, die zur Aufführung in Vereinen sehr geeignet erscheint, da die Handlung ohne weiteres auf jeden Boden verpflanzt werden kann. Heinrich Werner, ein junger Kriegsfreiwilliger, der aus irgend einer kleinen Stadt ausgezogen ist, erweist sich an der Front als ein Held und wird in einem Unterstande schwer verwundet. Seine Tat war so bemerkenswert, daß der General selbst kam, um ihn zu beloben und um ihm sein eigenes Eisernes Kreuz 1. Klasse an die Brust zu heften. Natürlich wird dem Genesenden Heimatsurlaub gewährt. Während diese Vorgänge des ersten Bildes sich im Lazarett abspielten, führt uns das zweite Bild in die Behausung der Eltern des jungen Helden. Es ist ein behagliches kleinbürgerliches Heim. Die Eltern, die schon lange nichts mehr von ihrem Jungen gehört haben und deshalb schon beunruhigt sind, erhalten plötzlich durch einen seiner Kameraden die Nachricht von seiner schweren Verwundung, seinen Heldentaten und ihrem Lohne. Gleich darauf erscheint der Bürgermeister des Städtchens mit der amtlichen Meldung von der Verleihung des Eisernen Kreuzes 1. Klasse an Heinrich und mit der Erklärung, daß er zu Ehren dieses ersten Helden der Stadt bei dessen Heimkehr ein Fest veranstalten werde. Das dritte Bild zeigt uns diese Ehrung des Heimgekehrten